

**Protokoll**

Termin Sitzung: 19. Mai 2015, 19 Uhr, Sitzungssaal Rathaus

Protokollführung: Karin Grunewald

Beratungsunterlagen: Haushaltszahlen Ämter Zentrale Dienste und Ordnung und Soziales  
 Ausarbeitung Gremienreduzierung

Teilnehmer:

<b>Ratsmitglieder</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Anwesend</b>	<b>Vertreten durch</b>
CDU	Hahn	Oliver		
	Deppe	Johannes		Guido Lazotta
SPD	Trefz	Rolf		
	Meiger	Manfred		
Grüne	Keller-Bartel	Dagmar		
	Maaßen	Ursula	✓	
FDP	Dr. Rose	Dieter	✓	
	Thurau	Oliver		Hermann Küsgen
BFO	Hein	Norbert	✓	
	Schreiber	Fred		
<b>Ehrenamtliche Bürger</b>	Behrens	Gerhard	✓	
	Grunewald	Karin	✓	
	Schmitz	Dieter	✓	
<b>Stellvertreter</b>	Gemmer-Michel	Sabine		
	Hofmann	Bernd		
	Lappe	Markus		
<b>Verwaltung</b>	Ahlers	Cordula		
	Becker	Elke	✓	
	Krop	Annette	✓	
	Müller	H.Herbert	✓	
<b>Personalrat</b>	Riesinger	Elisabeth		

Inhalt

1. Verkleinerung der Ratsgremien
2. Benchmarks
3. Rund um Köln
4. Zahlen aus dem Ämtern Zentrale Dienste und Ordnung und Soziales

Anhang: Fortlaufende Liste mit Vorschlägen für den AK Haushaltskonsolidierung/  
 Sparpotenzial und Potenzial zu Einnahmeerhöhungen

## 1. Verkleinerung der Ratsgremien

- Gemäß Vorlage von Frau Becker lässt sich durch eine Verkleinerung des Rates von derzeit 44 auf 36 (32 plus geschätzte vier Überhangmandate) eine Einsparung von 16.700 Euro jährlich erzielen, zuzüglich rund 1.000 Euro bei den Sitzungsgeldern und ggf. zusätzlich einige hundert Euro, wenn auch die Ausschüsse verkleinert würden.

Anmerkungen: Anzahl der Fraktionssitzungen und Zuwendungen sind gesetzlich festgeschrieben und in Overath bereits unter dieses Maß reduziert. Die Kosten für die Gremienarbeit sind im Vergleich zu anderen Kommunen geringer.

- Durch Wegfall eines der drei Ehrenamtlichen Bürgermeister könnten 4.750 Euro jährlich eingespart werden.

Anmerkungen: Bei Reduzierung der Anzahl der Bürgermeister müsste das Aufgabenspektrum angepasst werden. Heute fallen bereits für Besuche von Jubilaren bei jedem stellvertretenden Bürgermeister etwa zwei bis vier Termine wöchentlich an. Im Vergleich zu anderen Kommunen ist Overath mit vier Bürgermeistern überdurchschnittlich ausgestattet.

## 2. Benchmarks

Da Herr Schreib für diese Arbeit nicht mehr zur Verfügung stehen wird, müssen die Sparkommissionen auf die Zahlen warten, die von den Amtsleitern produziert werden. Im Juni erfolgt eine Schulung. Das Zahlenwerk soll dann baldmöglichst gefüllt werden.

## 3. Rund um Köln

Die Mitglieder der Sparkommission sprechen sich für eine Beibehaltung von Overath als Streckenstandort des Radrennens „Rund um Köln“ aus. Begründung: Die Kosten von rund 3.000 Euro werden durch zusätzliche Einnahmen im Ort und positive Marketingeffekte ausgeglichen. Ein Sparpotenzial wird somit nicht gesehen.

## 4. Zahlenmaterial aus den Ämtern „Zentrale Dienste“ und „Ordnung und Soziales“

Bei der Durcharbeitung der Zahlen und zusätzlicher Erläuterung der Zahlen und Aufgaben durch die jeweiligen Amtsleiter konnten keine relevanten Einsparpotenziale festgestellt werden. Sollten entweder Benchmarks oder GPA-Prüfungsbericht nach oben abweichende Ergebnisse für bestimmte Bereiche signalisieren, so wird die Sparkommission diese erneut aufgreifen.

Anmerkungen (zum Verständnis und für die Nachvollziehbarkeit der SK-Arbeit):

- Zentrale Dienste - Rechnungsprüfung  
In der Rechnungsprüfung kooperieren Overath und Rösrath bereits seit über zehn Jahren. Die Mitarbeiter teilen sich die Aufgaben und wechseln zum Teil wochenweise die Standorte. Da sich die Kooperation sowohl organisatorisch als auch finanziell als sinnvoll erwiesen hat,

wurde die Kooperation mit einer weiteren Stadt diskutiert. Die nächstliegenden Städte wären Bergisch Gladbach und Wermelskirchen. Bergisch Gladbach hat aufgrund seiner Größe andere Strukturen und Systeme bei der Rechnungsprüfung. Wermelskirchen ist räumlich bereits zu weit entfernt, um Aufgaben und Personal sinnvoll und flexibel aufteilen zu können. Der Ansatz wird nicht weiter verfolgt.

- **Zentrale Dienste – Fuhrpark**  
Der Fuhrpark ist in Anzahl und Ausstattung (sechs Dienstwagen) nicht überdimensioniert. Lediglich ein Fahrzeug verursacht derzeit höhere Kosten, ohne dass es benutzt werden kann. Dieses Fahrzeug fällt im Sommer aus dem Leasingvertrag und der Belastung des Haushalts heraus.
- **Zentrale Dienste - Mitteilungsblatt**  
Die Kosten für das Mitteilungsblatt erscheinen auf den ersten Blick mit 25.000 Euro im Jahr als hoher Posten. Das Mitteilungsblatt dient nicht nur der Information der Bevölkerung, sondern erfüllt insbesondere die rechtliche Verpflichtung, amtliche Bekanntmachungen zu veröffentlichen, damit diese rechtskräftig werden können. Alternativ könnten diese in Tageszeitungen zu Anzeigenpreisen veröffentlicht werden, wobei die Kosten höher lägen. Die Alternative, nur noch die amtlichen Bekanntmachungen zu drucken und zu verteilen, rechnet sich ebenfalls nicht, da allein Porto oder eigene Verteilung die heutigen Kosten überschreiten würden. Dass das Mitteilungsblatt pro Ausgabe für vergleichsweise geringe Kosten von 500 Euro produziert und verteilt werden kann, liegt insbesondere am Gegenrechnen von Anzeigeneinnahmen des Verlags.
- **Zentrale Dienste - Internetbasierte Vergabeplattform für Büromaterial**  
In Zukunft soll verstärkt die Einkaufsgemeinschaft „KoPart“ genutzt werden. Diese Initiative des Städte- und Gemeindebunds NRW wird derzeit mit erweiterten Möglichkeiten versehen. Bislang wurde sie in Overath nicht genutzt, weil durch den restriktiven Bestellmodus eine Lagerhaltung notwendig geworden wäre, die den Spareffekt überstiegen hätte. In Zukunft ist davon auszugehen, dass durch die größere Marktmacht der Einkaufsgemeinschaft günstigere Preise für die Mitglieder erzielt werden können.
- **Zentrale Dienste - Organisationsangelegenheiten und technischer Unterstützung**  
**Informationserarbeitung**  
Die Verwaltung unterhält rund 120 Bildschirmarbeitsplätze plus Rechner in den Schulen; das Rechenzentrum ist ausgelagert. Alle Bereiche sind mehr oder weniger elektronisch unterstützt.  
Das Rechenzentrum wird u.a. pro Einwohner bezahlt. Der Anstieg von 1,20 auf 1,78 veranlasste zur Prüfung von Alternativen. Bei den Konkurrenzangeboten ergaben sich unterm Strich jedoch keine positiven Effekte.  
Ein neu eingeführtes Druckerkonzept (nicht mehr Kauf und Leasing, sondern alle Drucker aus einer Hand von einer Firma und Austausch bei Problemen) wird sich in den kommenden Jahren positiv auswirken. Das neue Unternehmen wird per Anteil an den Einsparungen bezahlt.  
Es wurde angeregt, das eGovernment weiterzuführen und Strukturen und Schnittstellen zu

schaffen, zu pflegen und zu optimieren. Es sollte kontinuierlich geprüft werden, ob Investitionen in die IT zu Optimierungen und Einsparungen in den Ämtern führen können.

- **Ordnung und Soziales – Überblick**  
Vorausschauend auf GPA-Bericht und Benchmark schneiden das Standesamt und das Einwohnermeldeamt (nach Personaleinsparungen in den vergangenen zwei Jahren) gut ab. Grundsätzlich wird der Personalbedarf durch das Hinterlegen von Zeiten für Aufgaben berechnet (z.B. Personalausweis 8-12 Minuten). Ein Abgleich mit anderen Kommunen ist somit gut vorzunehmen.
- **Ordnung und Soziales - Verkehrsangelegenheiten, Verkehrssicherung/Verkehrslenkung**  
Die Stadt OV ist nicht berechtigt, den fließenden Verkehr zu überwachen. Im Rahmen des ruhenden Verkehrs werden zwei Halbtagskräfte eingesetzt. Der Bereich wird derzeit unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten, nicht als Einnahmequelle gesehen. Mit dem Vorliegen des Parkraumwirtschaftskonzepts wird darüber (auch in der SK1) diskutiert werden. Insgesamt erwirtschaftet der Aufgabenbereich ein Plus.
- **Ordnung und Soziales – Feuerwehr**  
Es ist ein hohes Maß an interkommunaler Zusammenarbeit im Bereich der Feuerwehr- und Brandschutzleistungen erreicht. Die Feuerwehrleute selbst arbeiten ehrenamtlich.

**Nächster Termin:       Mittwoch, 17. Juni, 19 Uhr**  
Ort wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Overath, 24. Mai 2015

**ANHANG**

*Fortlaufende Liste:*

*Vorschläge für den AK Haushaltskonsolidierung/Sparpotenzial und Potenzial für Einnahmeerhöhung*

<b>Auftrag</b>	<b>Effekt</b>	<b>Potenzial</b>
Interkommunale Zusammenarbeit: Beauftragung von Bürgermeister Weigt, das Thema interkommunale Zusammenarbeit auf die Tagesordnung der Hauptverwaltungskonferenz (Bürgermeister der Kommunen und RBK) zu setzen.	Höheres Bewusstsein, Systematisierung, Chance auf zukünftige Einsparungen	Keine direkte monetäre Auswirkung
Hundesteuer: Prüfung der Erhöhung der Hundesteuer	Höhere Einnahmen	19.000 € (pro 10 € pro Hund)
Einführung einer Pferdesteuer	<i>Von der SK nicht weiterverfolgt. Begründung: Höhere Einnahmen wegen unkalkulierbarer Kosten und Risiken fraglich, zu Beginn mit Verlustrisiko</i>	
Prüfung der Möglichkeiten zur Verkleinerung von Rat und/oder Ausschüssen	Kostensenkung Aufwandsentschädigungen	Wird nachgeliefert
Prüfung der Möglichkeiten, bei anstehenden Entscheidungen, eine Führungskraft zu ersetzen	Kostensenkung Personal	Abhängig von Kosten einer Neustrukturierung
Reduzierung des Rates von 44 auf minimal 36 Mitglieder	Kostensenkung Entschädigungen	18.000 €
Reduzierung der ehrenamtlichen Bürgermeister von drei auf zwei	Kostensenkung Entschädigung	4.750 €
<b>Nicht unmittelbar kostenrelevante Anregungen</b>		
Kontinuierliche Überprüfung der eingesetzten IT-Systeme und der am Markt erhältlichen Lösungen unter dem Aspekt, durch zusätzlichen Technik-/Softwareeinsatz in den Ämtern mittel- und langfristig Kosten durch Effizienzsteigerung einsparen zu können		